

Sechs Anträge der SPÖ abgelehnt

Uneinigkeit zu Kinderbetreuung wird zu Grundsatzdebatte über Diskussionskultur.

VON KERSTIN SCHÄFER-ZIMMERMANN

HÖFLEIN Die Kosten für Kinderbetreuung sollen gesenkt werden oder gar gratis werden. Und die Gemeinde soll ein Schulstartgeld für alle auszahlen. Davon wollte die SPÖ Bürgermeister Otto Auer (ÖVP) im Gemeinderat einmal mehr überzeugen – per Dringlichkeitsanträgen. Dieses Mal informierte die SPÖ, wie von Auer gewünscht, den Bürgermeister bereits zwei Wochen vor der Sitzung von diesen Anträgen.

Gebracht hat es nichts, denn die Anträge wurden abgelehnt. „Da war ich persönlich enttäuscht. Alle schulpflichtigen Kinder brauchen das Schulstartgeld. Nicht nur die Erstklässler. Das hat sogar die Landes-ÖVP erkannt. Da geht es auch um keine Unsummen. Die Teuerungswelle trifft auch Jungfamilien hart“, meinte SP-Gemeinderat Bernhard Ujhelyi. Auer plädierte für erneuerbare Energie und propagierte die Energiegemeinschaft, die Förderung für alle wolle er aber

nicht erhöhen. „Das ist nicht zu verstehen“, so der SP-Mandatar.

FPÖ unterstützt Anträge der SPÖ

Für den Ortschef ist es hingegen sehr wohl schlüssig: „Das Land fördert alle Kinder, wir in Höflein setzen für die Erstklässler, die erwiesenermaßen die meisten Kosten haben, noch 100 Euro drauf. Alle Kosten abfedern können wir nicht.“ Gleiches gelte für die Kinderbetreuung. „Wir fördern, was geht, und gemäß den Vorgaben des Landes. Wir bieten allen Kindern, die es brauchen, Betreuung an“, so Auer. Die Energiegemeinschaft sei für alle offen und biete mehr Vorteile als eine Erhöhung der Förderung um 500 Euro. „Die SPÖ tut sich offenbar leicht im Austeilen, macht sich aber keinerlei Gedanken, um Bedeckungen, Budget oder Vorgaben des Landes.“ Der Hebel, um Kinderbetreuung günstiger zu machen,

seien die Anmeldungen. „Je mehr Kinder, desto besser die Aufteilung der Kosten.“

Einer, der immer alle Dringlichkeitsanträge unterstützt, „auch wenn sie nicht meinen Idealen entsprechen“, ist Mario Scholle, FPÖ. „Es ist eine bodenlose Frechheit, dass man Anträge nicht einmal zur Diskussion zulässt. Wozu ist der Gemeinderat da? Es kann nicht sein, dass einer entscheidet, ob ein Vorschlag umgesetzt wird oder nicht“, so Scholle.

Der Vorwurf, er lasse keine Diskussionen zu, lässt den Ortschef nicht unberührt: „Wir haben die Anträge im Gemeindevorstand, wo auch die SPÖ vertreten ist, diskutiert und die Ablehnung begründet. Das weiß Scholle vermutlich nicht.“

Auch zwei weitere Anträge – die SPÖ wollte die Förderung für Photovoltaik auf 1.500 Euro erhöhen und für alle Höfleinerinnen, die eine Photovoltaikanlage planen, dieselben Konditionen, die für die Energiegemeinschaft ausgehandelt werden – wurden abgelehnt.